



CAD-Cannabis Anbauvereinigungen Deutschlands  
Asbachstr. 10a | 99423 Weimar

CAD – Cannabis Anbauvereinigungen  
Deutschlands  
Asbachstr. 10a  
99423 Weimar  
[vorstand@cannabis-verband.org](mailto:vorstand@cannabis-verband.org)

Abgeordnete/ Minister\*innen der Parteien  
SPD, FDP und Grünen  
in den Länderparlamenten

Weimar, 7. März 2024

## **Eure Stimme im Bundesrat: Wegweisend für Cannabis-Entkriminalisierung!**

Sehr geehrte Abgeordnete,

im Zuge der aktuellen Debatten rund um das Cannabisgesetz (CanG) und die potenzielle Überweisung in den Vermittlungsausschuss möchten wir, der Bundesverband *CAD – Cannabis Anbauvereinigungen Deutschlands*, unsere Bedenken sowie Argumente mitteilen, insbesondere im Hinblick auf die Versuche der CDU/CSU, den Vermittlungsausschuss für politische Manöver zu nutzen. Unser Verband wurde, aus der bereits seit 2022 bestehenden CAD-Community heraus, am 27.10.2023 gegründet, um die Interessen und Belange von Cannabis Anbauvereinigungen zu vertreten sowie eine nachhaltige, verantwortungsbewusste Entwicklung des legalen, nicht-kommerziellen Cannabisanbau und -konsum zu Genusszwecken in Deutschland zu fördern.

Wir sind zutiefst besorgt über die mögliche Absicht der CDU/CSU, den Vermittlungsausschuss zu missbrauchen, um die Ampelkoalition im Bundestag aus SPD, Grünen und FDP erneut vorzuführen. Dieses Vorgehen bedroht nicht nur die dringend benötigte Reform im Bereich der Cannabispolitik, sondern untergräbt auch den demokratischen Prozess und verzögert wichtige Veränderungen, die im Interesse der öffentlichen Gesundheit und sozialen Gerechtigkeit stehen.

Die Entkriminalisierung von Cannabiskonsumenten ist ein entscheidender Schritt zur Modernisierung der Drogenpolitik in Deutschland. Wir appellieren an Ihre Fraktion, als Befürworter dieser Reform, sich entschieden für eine zügige Umsetzung einzusetzen und sich gegen Verzögerungen, die auch zu einem **kompletten Scheitern** führen könnten, zu stemmen.

**Langfristige Entlastung der Justiz:** Wir erkennen an, dass die Implementierung der Amnestieregelung kurzfristig einen Mehraufwand für Gerichte und Staatsanwaltschaften darstellen kann. Jedoch wird die Entkriminalisierung von Cannabis langfristig zu einer erheblichen Entlastung der Justiz führen, indem sie die Anzahl der Verfahren und Ermittlungen im Zusammenhang mit Cannabisdelikten signifikant verringert.

**Gewaltenteilung und demokratische Verantwortung:** Die Durchsetzung der Amnestieregelung würdigt die Gewaltenteilung in Deutschland, und die Unabhängigkeit der Judikative, indem sie legislative Beschlüsse umsetzt und sicherstellt, dass Urteile im Namen des Volkes ergehen. Diese

Reform, die lediglich für eine Entkriminalisierung von Konsumenten sorgt, spiegelt den Willen eines bedeutenden Teils der Bevölkerung wider, der eine Veränderung in der Cannabispolitik unterstützt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zurecht eine zeitnahe und effektive Umsetzung des CanG.

**Wirtschaftliche und soziale Vorteile:** Die Entkriminalisierung ermöglicht nicht nur Kosteneinsparungen bei der Strafverfolgung, sondern eröffnet auch die Möglichkeit, diese Mittel in präventive und soziale Programme zu reinvestieren, die der gesamten Gesellschaft zugutekommen.

**Gesundheitlicher Verbraucherschutz:** Die Regulierung des Cannabiskonsums durch nicht kommerzielle Anbauvereinigungen stellt sicher, dass Konsumenten Zugang zu qualitätsgeprüften Produkten haben, was den Gesundheitsschutz verbessert und Risiken durch unsichere Produkte verringert.

**Internationale Entwicklungen:** Deutschland sollte den positiven internationalen Trends folgen, die die Vorteile der Entkriminalisierung, Legalisierung und Regulierung von Cannabis aufzeigen. Es ist an der Zeit, eine fortschrittliche und humane Drogenpolitik zu verfolgen.

Wir bitten die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP in den Landesparlamenten, sich entschieden für die rasche Verabschiedung des Cannabisgesetzes einzusetzen und den Versuchen der CDU/CSU entgegenzutreten, die den Vermittlungsausschuss zu parteipolitischen Zwecken instrumentalisieren wollen. Diese nimmt aktuell einen sehr unangemessenen Einfluss auf die Ministerinnen und Minister, die ihre Legitimation ausschließlich durch Sie, die direkt gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Volkes, erhalten. Wir appellieren an Ihr politisches Engagement für Gerechtigkeit wie Fortschritt und bitten Sie, eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung dieser historischen Reform zu spielen. Die Stimme Ihres Bundeslandes im Bundesrat kann einen maßgeblichen Unterschied machen, um die Entkriminalisierung von Cannabis in Deutschland voranzutreiben und einen positiven Wandel in unserer Gesellschaft zu bewirken. Lassen Sie uns gemeinsam für eine gerechte, sichere und zukunftsorientierte Drogenpolitik eintreten.

Mit freundlichen Grüßen



Peer Bollmeyer  
Vorstand



Friedemann Söffing  
Vorstand



Jana Halbreiter  
Vorstand



Seyhun Savas  
Vorstand